

Mein Berlin, mein Berlin IX

In fast allen bisherigen Beiträgen dieser Berlin-Serie wurden jeweils aktuelle Vorschläge zum Thema „**Hilfen beim Abbau der Überschuldung**“ dargestellt.

Jetzt hat die Kommission zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung, die sog. „Föderalismuskommission“, unter der gemeinsamen Leitung von Günther Oettinger (Ministerpräsident von Baden-Württemberg) und Peter Struck (Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag) eine Regelung vorgelegt, wie sie überraschender für Berlin kaum sein konnte.

Dieser Entscheidung gingen u. a. die folgenden Vorschläge voraus:

- Im Juni 2007 sollte Berlin für jeden Euro getilgter Schulden einen zusätzlichen Euro zum Schuldenabbau erhalten. (Günther Oettinger)
- Im November 2007 schlug der Vertreter der Grünen in der Kommission vor, aus dem Solidaritätszuschlag 1,7 Mrd. in einen Tilgungsfonds einzuzahlen, von dem 1,2 Mrd. nach Berlin fließen sollten. (Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzender im Baden-Württemberger Landtag)
- Anfang Januar 2008 berichtete die „Berliner Morgenpost“ vom Modell des Finanzministers von Rheinland-Pfalz (Ingolf Deubel, SPD), den am höchsten verschuldeten Bundesländern insgesamt 27 Mrd. Euro Schulden abzunehmen, damit sie dauerhaft ihre Zinskosten selber tragen könnten. Auf Berlin entfielen dabei 13,7 Mrd. Euro; dafür muss Berlin jährlich 700 Mio. Euro aufbringen.
- Im Frühjahr 2008 hieß es aus der Kommission, 1,0 – 1,2 Mrd. sollen als Zinshilfe an die am höchsten verschuldeten Bundesländer gezahlt werden. Diese Zinshilfen sollten an strenge Regeln der Sparsamkeit gekoppelt werden, z. B. an einen ausgeglichenen Haushalt.
- Im September 2008 entwickelte der Bundesminister für Finanzen ein Modell, nach dem von 2009 – 2014 jährlich insgesamt 700 – 800 Mio. Euro an die Länder Bremen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Berlin gezahlt werden sollten – **davon waren 294 Millionen Euro für Berlin bestimmt**. Damit hätte Berlin die Zinsen für ca. 7 Mrd. Euro Schulden bezahlen können – das entspräche etwa 8% der jährlichen Zinszahlungen.

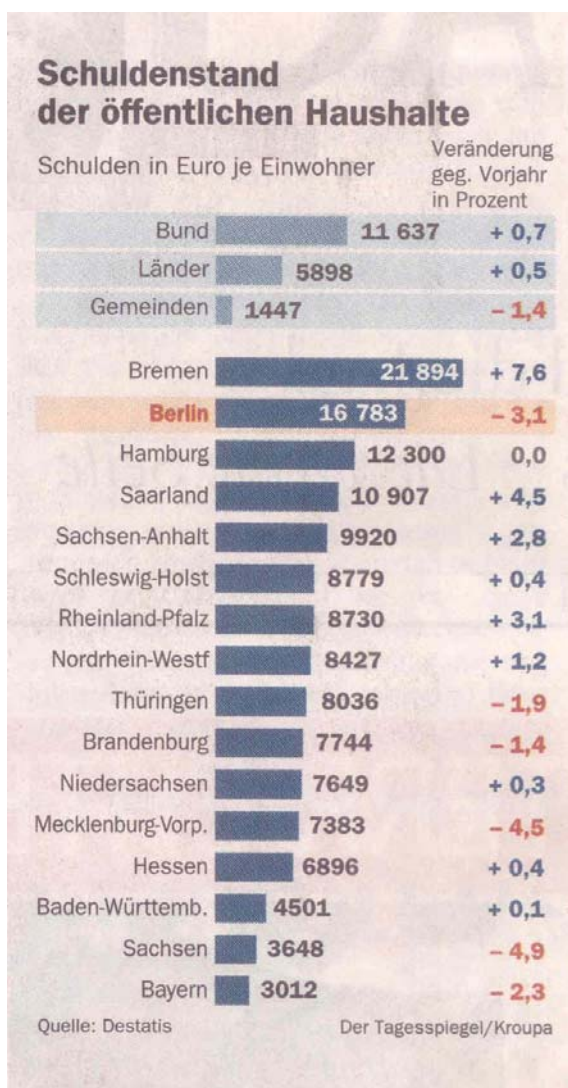
Was sieht nun die neue aktuelle Regelung vor?

Zehn Jahre lang erhalten die fünf besonders hoch verschuldeten Bundesländer (s. o.) insgesamt 800 Millionen Euro Zinshilfen: 300 Mio. Euro für Bremen, 260 Mio. Euro für das Saarland, je 80 Mio. Euro für die anderen 3 Länder - also auch für Berlin! Da Berlin in den gemeinsamen Topf von Bund und Ländern einzahlen muss (17 Mio. Euro) wird sein Haushalt jährlich um sage und schreibe **63 Millionen Euro** entlastet.

Im Jahre 2007 zahlte Berlin für seine Schulden 2,3 Mrd. Euro Zinsen – **pro Tag also 6,3 Millionen Euro. Mit dieser Konsolidierungshilfe kann Berlin also lediglich 10 Tage lang seinen Zinszahlungs-Verpflichtungen nachkommen!**

Der Kommentar des „Berliner Tagesspiegel“ vom 14.02.09 lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

„Konsolidierungshilfe ist ein zynischer Begriff. Eine solche innere Kälte hätte man den Chefs der Föderalismuskommission II, Günther Oettinger und Peter Struck, nicht zugetraut. Es sind Brosamen, die den 3 Ländern hingeworfen werden. Das hilft nicht, und konsolidiert nicht.“



Und weiter heißt es:

„Auf diesem Niveau bundesstaatlicher Hilfsbereitschaft würde es noch 450 Jahre dauern, bis Berlin die (heutige) Pro-Kopf-Verschuldung von Nordrhein-Westfalen erreicht.“

Detlef Schuster

23.02.2009

P.S. Im Morgenpost-Interview am 09.02.09 wurde der ehemalige Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) u. a. gefragt:

„Eine Enttäuschung war für Sie die Reaktion in Westdeutschland auf Mauerfall, Wiedervereinigung und auf die Hauptstadtfrage....“

Dazu Diepgen:“ Das gehört zu den größten Enttäuschungen meines politischen Lebens. Dieses Ausmaß an Egoismus und Wortbruch hätte ich nicht für möglich gehalten.“

Wer könnte ihm da noch widersprechen?